

275

273

279

269

284

264

324

224

374

174

der Ordnungsruf erledigt werde. Brentano betritt die Rednerbühne, und wird von der Linken und einem Theil der Gallerie mit rauschendem Beifall begrüßt. Der Vorsitzende befehlt, die Aufseher von der Gallerie zu entfernen, und da dieß Anstand zu finden scheint, ordnet er die Käumung der Gallerie an. Auch die Zuhörer in den reservirten Plätzen in der Kirche, die Damen und zuletzt die Journalisten werden vom Präsidium aufgefordert, sich zu entfernen. Die Entleerung der Gallerie dauerte ungefähr eine halbe Stunde, sodann werden die Thüren geschlossen. Bogt, Wigard und Schaffrath protestiren gegen eine Veröfentlichung in geheimer Sitzung, da hierzu ein Antrag von 50 Mitgliedern erforderlich sei. Präsident v. Soiron und Mohl berufen sich auf die dem Präsidium nach der Geschäftsordnung zustehende Befugniß, die Gallerie räumen zu lassen. Auf Antrag Zimmermanns von Spandow wird beschlossen, die Journalisten zuzulassen; über die Wiederzulassung des Publikums aber namentlich abgestimmt und dieselbe mit 390 gegen 91 Stimmen verworren. Brentano erhält hierauf das Wort. Er äußert u. A. Der gegen ihn gerichtete Ordnungsruf habe ihn um so mehr befreuet, als gegen einen andern regierenden Fürsten, den König von Hannover, noch stärkere Ausserungen (z. B. Hochverräter) gefallen seien, ohne daß einer der anwesenden Hannoveraner zur Ordnung gerufen habe. Auch über den Großherzog von Baden seien starke Ausserungen gefallen, ohne daß man davon Aufhebens gemacht habe. Es scheint also hier ein tieferer Grund obzuwalten. Fast müsse er an ein viel verbreitetes Gerücht glauben, daß eine starke Partei in Preußen die Abdankung des Königs betreibe, um statt desselben den Prinz von Preußen auf den Thron zu setzen. Es sei hier das Unerhörte geschehen, daß an einen Abgeordneten des Volks Hand angelegt worden. (Vorlesender: Ich habe davon nichts gehört; Links: Ja! Ja! Platner!) Brentano: Ich wiederhole es, man hat es geküßt gewagt, auf dieser Tribüne Hand anzulegen an einen Abgeordneten des Volks. Am meisten muß ich erstaunen, daß unter den Antragstellern die Namen der Herren Platner und Graf Wartensleben figuriren, die mich wegen meiner Ausserung auf dieser Rednerbühne auf Pistolen gefordert haben. (Lebhafteste Bewegung links.) Man will unseren Gründen mit Argeln und der Spitze der Bajonnete entgegenreten, und nicht anerkennen, will man auch noch den Ordnungsruf haben. Ich überlasse es der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit des Präsidiums, ob er den Ordnungsruf zurücknehmen will, und wenn es nicht geschieht, so appellire ich an das gesammte deutsche Volk. Ueber die Amnestie-Frage werde ich in geheimer Sitzung nicht sprechen. Vorlesender v. Soiron bemerkt: die Sitzung sei nicht geheim; die stenographischen Berichte würden gedruckt. Venedey beantragt, die Verabredung über die Amnestie zu vertagen, und setzt die persönliche Frage zu erledigen. Jordan: bei der gegenwärtigen Aufregung sei es unmöglich, ein ruhiges Urtheil abzugeben. Die Versammlung beschließt jedoch, unter lebhaftem Widerspruch der Linken, daß die persönliche Frage vertagt und die Amnestie weiter beraten werde. Weiler spricht gegen Amnestie, jedoch für Begnadigung der Verführten und ihren Irribum Bekennenden. Bogt fragt: ob Dore gegeben worden, die Pausstiche mit Militär zu umstellen. (Es waren zur Säuberung des Platzes Abtheilungen der Stadtwehr und der Linientruppen aufgestellt worden.) Der Vorsitzende erwiedert: er habe keine Dore gegeben; man habe hier nicht zu erwörtern, was die Stadt zur Aufrechtbaltung der Ordnung beschließen. (Links: Wenn Pistolen nicht ausreichen, kommen die Bajonnete.) Präsident: die Bajonnete sind gewiß nicht gegen die Versammlung gerichtet. Michelssen beantragt den Schluß der Verhandlungen, welcher sofort beschloffen wird. Widemann hat als Referent das Schlußwort. Ein Theil der Linken erklärt, an einer Abstimmung in geheimer Sitzung nicht Theil nehmen zu wollen. Rosmähler fordert die Versammlung auf, im Interesse der Menschlichkeit die Abstimmung bis morgen zu verschieben. Schoder: nachdem ein Theil der Versammlung weggegangen, noch die Vertagung verlangen, hiesse die Majorität von einer kleinen Minorität terrorisiren lassen. Nachdem die verschiedenen Anträge verlesen worden, wird beschloffen, über den Auschuhsantrag zuerst abzustimmen. Derselbe lautet: die Nationalversammlung möge, da sie in der gegenwärtigen Lage der Dinge in den Weg des Rechts einzutreten keine Veranlassung finden könne, zur motivirten Tagesordnung übergehen. Dieser Antrag wird bei namentlicher Abstimmung mit 317 gegen 90 Stimmen angenommen. Neun Mitglieder enthalten sich der Abstimmung. Brunck, Schaffrath, Schüler von Jena erklären, in geheimer

Sitzung nicht stimmen zu wollen. Wigard: er stimme nicht unter dem Schutz der Bajonnete. Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag den 10. d. Tagesordnung: Hecker'sche Wahl. Separatverträge mit Dänemark. Ulmer Dampfschiffahrt.

Der neue Bundestag.

Aus Bayern, im August. Die preussische Regierung hat an sämtliche deutsche Höfe einen Vorschlag ergeben lassen zu einer Vereinbarung wegen Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vom 28. Juni 1848 in Betreff der am Sitze der provisorischen Centralgewalt für Deutschland von den Landesregierungen zu bestellenden Bevollmächtigten. In dem Collegium dieser Bevollmächtigten sollen diesem Entschieden zufolge als Einheiten vertreten werden: 1) Oesterreich, 2) Preußen, 3) Baiern, 4) Königreich Sachsen mit Sachsen-Weimar, sowie mit den herzoglich sächsischen, fürstlich schwarzburgischen und fürstlich reußischen Landen, 5) Württemberg und Baden mit den fürstlich hobenzollern'schen Landen, 6) Hannover und Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig, Holstein und Lauenburg, Schaumburg, Lippe und den freien Hansestädten, 7) die beiden bessischen Hauptstaaten mit Hessen-Homburg, Nassau und Frankfurt. Die Vertreter der gedachten sieben Einheiten sollen einen Rath bilden, der über die gemeinsamen mit der prov. Centralgewalt zu verhandelnden Angelegenheiten der von ihnen vertretenen Regierungen nach Stimmenmehrheit Beschlüsse faßt. Bei dergleichen Beschlüssen sollen Oesterreich und Preußen jedes für sich drei Stimmen abzugeben haben, und können sich, wenn sie es für nöthig finden, durch ebensoviele Bevollmächtigte im Rathe vertreten lassen. Jede von den übrigen Kurien soll eine Stimme führen. (N. C.)

Paris, 5. August. Der sardinische Gesandte hat täglich Konferenzen mit dem General Cavaignac und dem Minister Vasside. Die Alpenarmee hat den Befehl erhalten, sich zusammenzusetzen und bis dicht an die Grenze zu rücken. — Das 17te Infanterieregiment hat vorgestern Abend das Lager von St. Maurice verlassen und ist nach der Grenze abmarschirt. Man versichert heute, daß das Lager übermorgen ganz aufgehoben wird, und die 15,000 Mann desselben in Eilmärschen zur Alpenarmee geschickt werden. Dagegen wird ein anderes Lager mitten in Paris, und zwar auf der Insel Louviers zusammengezogen.

Anzeigen.

Stuttgart.

Zu verkaufen:

- ein Hobelbank,
- mehrere Hobel,
- mehrere Journir-Sägen,
- eine Armbrust,
- ein zweiflüßiger Schreibpult,
- ein Aufsatz,
- ein Stück reustene Leinwand zu 15 fr. per Elle,
- zwei Stückchen Handweben-Zeug zu 17 — 20 fr. per Elle,
- eine Parthie Lein zu 12 fr. per Pfd.,
- „ zu 15 fr. per Pfd.,
- „ eine Parthie abgelagerien Rauchtabak und Cigarren,
- eine Parthie Pappdeckel,
- eine Parthie Aufschlagbretter.

In der Commissionshandlung

von Carl Merck,

Girischstraße Nr. 27.

Druckfehlerberichtigungen.

In dem Aufsatz: „Ein Wort für allgemeine Gewerbefreiheit“ lies Nr. 65: „Ich lernte einen Gewerbsmann im Oldenburgischen kennen — statt der unvermögl. — der vermögl.“

In Nr. 66 „local“ statt „loial“, bei der Stelle: „die auch“ local modificirt werden müßten.

In Nr. 67 lies nach den Worten: Aber das Uebergewicht der Geldmacht? wird man sagen — hier erwidere ich, dagegen bemüht das noch gar nicht gehörig geübte Recht der Association, nach diesen Worten muß es heißen: „bei gerechter Steuerenthebung, die nur in der freiesten politischen Verfassung möglich wird, bei gleichen Erwerbsrechten, bei wenigen socialen Vorkehrungen etc.“